

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck- u. Verlags- u. Anstalt, Dresden, M. J. Waisen-  
straße 18/12, Fernruf 2521. Postfachkonto 1066  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der  
Kriegshauptmannschaft Dresden und des Schöffenrats beim  
Oberverwaltungsamt Dresden

Druck- u. Verlags- u. Anstalt, Dresden, M. J. Waisen-  
straße 18/12, Fernruf 2521. Postfachkonto 1066  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der  
Kriegshauptmannschaft Dresden und des Schöffenrats beim  
Oberverwaltungsamt Dresden

Druck- u. Verlags- u. Anstalt, Dresden, M. J. Waisen-  
straße 18/12, Fernruf 2521. Postfachkonto 1066  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der  
Kriegshauptmannschaft Dresden und des Schöffenrats beim  
Oberverwaltungsamt Dresden

## Fürsterbischof wider die Scheinheiligen

### Scharfe Abrechnung mit französischen Kritikalisten

Berlin, 17. Juni.

Der Fürsterbischof von Salzburg, Dr. Sigismund Wahl, veröffentlicht unter dem Titel „Nochmals die Auslandskritik am österreichischen Episkopat“ eine scharfe Stellungnahme hauptsächlich gegen die französische Presse wegen deren Kritik an der bekannten Märztungebung der österreichischen Bischöfe.

Es sei doch auffällig, so schreibt Bischof Wahl, daß man sich gerade in solchen Ländern am meisten Sorgen über die Lage der katholischen Kirche in Österreich macht, wo man allen Grund hätte, sich zunächst Sorgen zu machen über die Lage der Kirche im eigenen Staat.

Von der großen Reihe kirchenfeindlicher Maßnahmen Frankreichs zu Beginn dieses Jahrhunderts sei nur ein geringer Teil rückgängig gemacht worden. In den scharfen Kritiken an der kirchlichen Obrigkeit in Österreich, die aus Frankreich kommen, sei offensichtlich das religiöse und politische Motiv nicht immer genau getrennt. Wenn aber schon von Verantwortung vor dem christlichen Gewissen gesprochen werde, dann erhebe sich die Frage:

Wo waren diese Stimmen, als an Deutschland und Österreich das ungeheure Unrecht von St. Germain und Versailles geschah? Warum meldeten sich diese Stimmen nicht, als Clemenceau davon sprach, daß es zweihundert Millionen Deutsche zu viel gäbe? Woher sei denn der

anherordenliche Geburtenrückgang in Österreich gekommen, als daher, daß dem deutschen Volke im Rande Österreich im Friedensvertrag alle wirtschaftlichen Lebensadern durchgeschnitten worden seien?

Set es nicht auch verwunderlich, so fragt der Fürsterbischof weiter, daß katholische Presseorgane zu heftigen Angriffen gegen die österreichischen Bischöfe sich erheben, während in den gleichen Organen Warnungen vor dem Bündnis mit Sowjetrußland fehlen? Wäre es nicht angezeigt, wenn sich die Kritiker der österreichischen Bischöfe mit gleicher Schärfe gegen die Sympathien französischer Kreise für Sowjetrußland wendeten, zumal dort, wie aus autoritativen Zeugnissen hervorgeht, eine Verfolgung von Religion und Kirche herrsche, die an Grausamkeit den ärgsten Christenverfolgungen nicht nachstehe?

Fürsterbischof Wahl unterfützt am Schluß seiner Ausführungen noch einmal den in der März-Erklärung der Bischöfe eindeutig verkündeten Grundsatz: Wir geben Gott, was Gottes, und dem Kaiser, was des Kaisers ist.

### Kredite, Schuld und Schulden

Die Rede, die Reichswirtschaftsminister Funk im Schilling in Bremen gehalten hat, bot eine Fülle des Aufschlußreichen. Sie wird im Inlande nicht nur von Wirtschaftskreisen aufmerksam gelesen worden sein, sondern sie findet zweifellos ein weitreichendes allgemeines Interesse. Ebenso eingehend aber wird man sie im Ausland studieren, an dessen Adresse sie in erster Linie gerichtet war. Im Zusammenhang mit der Heimkehr der Ostmark zum Reich sind Wirtschaftskragen in großer Zahl aufgeworfen worden, und an sie anknüpfend hat man in den letzten Wochen verschiedentlich heftige Angriffe gegen Deutschland gerichtet, die sich zum Teil bis zum Charakter von Drohungen verstiegen. Insbesondere zur Frage der Österreich gewährten Auslandskredite hat der Reichswirtschaftsminister den deutschen Standpunkt dargelegt und dabei die Weltgeber an manches erinnert, was gerade sie nicht übersehen sollten. Bei den Krediten, die dem durch Saint Germain geschaffenen selbständigen Österreich gegeben wurden, handelte es sich nicht um Gelder, die man dem Staat, der in seinen engen Grenzen nicht leben und nicht herben konnte, etwa unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten gewährte. Sie waren vielmehr politischer Natur, und daß sie dies waren, ist sogar in den Anleiheverträgen selbst ausgesprochen. Wer mit der Politik Geschäfte macht, trägt selbstverständlich auch ein politisches Risiko. Das haben die Weltgeber gewußt; und die Höhe der Zinsen, die sie sich zufließen ließen, konnten keinen anderen Sinn haben als den einer politischen Risikoprämie. Ja, es waren gar Anleihen, die aus politischen Gründen regelrecht gegen die wirklichen Interessen der österreichischen Wirtschaft gegeben wurden. Nicht der Industrie sollten sie dienen oder der Landwirtschaft, auch nicht dem Wohle der österreichischen Bevölkerung, sondern sie sollten im Gegenteil Österreich absichern vor dem wirtschaftlichen Gebiet, mit dem es seiner Natur nach zu engstem Zusammenhange drängen mußte. Statt der Zollunion erhielt Österreich die Völkerbundanleihe. Jede internationale Kreditvergabe wurde mit der Verpflichtung Wiens belastet, einen Kurs gegen den Anschlag zu steuern. So spielte man Geld aus gegen die Stimme des Volkes. Diese politische Rechnung ist schlagend. Und nun tut man so, als erwarte man von Deutschland, es solle so freundlich sein, sie zu bezahlen. Das Reich solle die Kosten der Politik tragen, die gegen das Reich betrieben wurde. Ein solches Verlangen ist reichlich unbillig.

Es ist auch völkerrechtlich nicht begründet. Mit Recht führte der Reichswirtschaftsminister eine Reihe von Präzedenzfällen ins Treffen. Auf das eigene Verhalten der Länder wies er hin, die jetzt als Gläubiger in Erscheinung treten. Als seinerzeit die Engländer die Kurzenrepublik übernahmen, übernahmen sie die Schulden der bis dahin selbständigen Staatswesen keineswegs. Sie wurden nicht als englische Staatsschulden anerkannt, und eine eigens hierfür eingesetzte Untersuchungskommission sowie ein Urteil des höchsten englischen Gerichtshofes bestätigten die Rechtlosigkeit dieses englischen Vorgehens. Ähnlich haben sich die Vereinigten Staaten verhalten. Auch sie haben nach dem Bürgerkrieg die Anleihen der Südstaaten nicht, als für das neue amerikanische Staatswesen verbindlich anerkannt. Als Frankreich die Insel Madagaskar seinem Kolonialreich einverleibte, wurden die den Sultanen eingeräumten Kredite ebenfalls nicht als französische Staatsschulden behandelt. Durch den Versailler Vertrag sind große Teile des früheren preussischen Staates an Polen abgetreten worden. Die anteilmäßige Übernahme von Schulden aber wurde von Polen mit der Begründung verweigert, daß diese Mittel seinerzeit zur Stärkung des Deutschtums gegenüber dem Polentum verwendet worden seien. Besonders schlagend ist ein weiteres Beispiel: Das alte Deutsche Reich hatte in seine Kolonien erhebliche Mittel investiert. Diese Summen hatten keinerlei politische Zwecke verfolgt, sondern waren lediglich zur wirtschaftlichen Erschließung verwendet worden. Trotzdem ist von den Mandatsmächten eine Übernahme der in der Vorkriegszeit von den deutschen Kolonialgebieten aufgenommenen Anleihen immer wieder abgelehnt worden. Mit Recht betonte daher der Reichswirtschaftsminister: Weder völkerrechtlich, noch wirtschaftspolitisch, noch moralisch besteht für das Reich die Verpflichtung, eine Rechtsnachfolge in die österreichischen Bundesanleihen anzuerkennen. In dieser klaren Feststellung und ihrer Begründung läßt sich nicht zweifeln; die Argumente sind schlagend.

Der Reichswirtschaftsminister konnte sie noch dadurch ergänzen, daß er auf die vernichtenden Erhebungen der zwei Bundesanleihen für Österreich hinwies. Die ausländische Finanzhilfe war ein Danesersehen, das bewirkte, daß mit dem Anfall Österreichs an den arbeitslosen Wirtschaftskörper nicht eine geforderte, sondern eine in unerträglichem Ausmaß verzehrende und erst des Aufbaus bedürftige Wirtschaft übernommen wurde. Das Ausland kann sich also in keiner Weise darauf berufen, mit seinen Mitteln einen produktiven Wert geschaffen zu haben. Wenn man von politischen Schulden spricht, darf man im Gegenteil die politische Schuld nicht außer acht lassen. Dies behauptet

## Feuer und Mord kennzeichnen die Flucht der Bolschewisten

### Die letzten Reste der 43. russischen Division nach Frankreich übergetreten

Salamanca, 17. Juni.

Der Heeresberichterstatter des nationalen Hauptquartiers gibt eine Schilderung der Operationen an der Pyrenäenfront, wo die 43. Rote Division aufgerieben wurde, so daß sie sich ihrem Untergang nur durch die Flucht über die französische Grenze entziehen konnte. Feuer und Mord kennzeichneten den Weg, den die Bolschewisten dabei genommen haben. Die von ihnen zerstörten Dörfer überbieten an Grauen alles, was von der einstigen Wiskapafont oder Tran bekannt ist. Von den Dörfern ist durchgänglich nichts weiter übriggeblieben als ein Trümmerhaufen, da die Bolschewisten die Häuser mit Petroleum übergoßen und anzündeten. Was den Flammen stand hielt, wurde mit Dynamit gesprengt, so vor allem auch die Elektrizitätswerke. Sämtliche Viehherden der Gegend sind getötet und nach Frankreich verschleppt worden, ohne daß die französischen Grenzbesitzer irgendwelche Bedenken erhoben hätten. Die Hinderherden seien dann in Frankreich zu Schlachtereisen verkauft worden. Das Vieh, das in der Eile nicht mitgeschleppt werden konnte, hätten die Polen in den Ställen eingeschleppt und diese dann in Brand gesteckt. Unter den vertriebenen Tierleichen seien auch Menschenleichen gefunden worden, vermutlich die der Viehhüter, die sich dem Raub widersetzt hatten.

Der Heeresberichterstatter des nationalen Hauptquartiers fordert alle Pressephotographen und Journalisten der ganzen Welt an, dieses Gebiet zu besichtigen, damit die Welt die von den Bolschewisten verübten Gräueltaten erkenne, die nur möglich

gewesen seien dank der Unterstützung über die französische Grenze. Damit sei Frankreich zum Mitschuldigen der gemeinsamen Verbrechen geworden.

Aus Paris wird gemeldet, daß die letzten Reste der sowjetrussischen 43. Division in der vergangenen Nacht über die französische Grenze getreten sind. Der Sonderberichterstatter der Agentur Havas hatte Gelegenheit, mit dem Kommandanten der 43. Division zu sprechen, der ihm erklärte, der Rückzug der Sowjetrußen habe am Mittwochnachmittag begonnen. Die drei noch verwendungsfähigen Geschütze seien über die Grenze mitgeführt worden. Man habe sämtliche Brücken zerstört, um den Rückzug zu decken, und auch die Munitionslager vernichtet. Der Angriff der Nationalisten sei äußerst heftig gewesen.

Der „Jour“ veröffentlicht einen Bericht des rechtsstehenden Abgeordneten Exier-Bignancour, den dieser in der Kammer verlesen wollte, woran er jedoch infolge der Schlägereien verhindert worden war.

Dieser Bericht, der auf Grund einwandfreier Beobachtungen von Franzosen aufgestellt worden ist, spielt in der Feststellung, daß schon vor der Flucht der sowjetrussischen 43. Division zahlreiche französische Dörfer in diesem Grenzgebiet von sowjetrussischen Milizen besetzt worden waren, die dort den Rückzug und den Uebertritt auf französisches Gebiet vorbereiteten.

## Japan fährt seinen Kampf bis zum Ende

### Keine territorialen Absichten in China - Gegen französische Einmischung

Tokio, 17. Juni.

Kußensminister General Ugaki erklärte am Freitag vor der Auslandspresse, daß Japan fest entschlossen sei, den Konflikt mit China bis zum Ende durchzukämpfen. Die japanische Nation kann nie ihre gesamten Kräfte zu einer erfolgreichen Beendigung des Feindlichkeitszustandes einsetzen.

Auf Fragen der Pressevertreter erklärte General Ugaki, daß die anglo-japanischen Beziehungen gegenwärtig nicht sehr erfreulich seien. Er hoffe aber, daß es möglich sein würde, sie in Zukunft zu verbessern und freundlicher zu gestalten. Weiter wurde die Frage angesprochen, ob Japan noch wie vor zu der Erklärung vom 16. Januar stünde, d. h. ob Japan auch weiterhin entschlossen sei, alle Verhandlungen mit China aufzugeben. Der Kußensminister erklärte noch einmal emphatisch, daß die japanische Regierung keinerlei territoriale Absichten in China verfolge. Weder alle chinesischen Angelegenheiten, wie die Umklammerung Chinas, die Einsetzung einer neuen Regierung oder aber die Vereinigung der zur Zeit amtierenden Regierungen müsse das japanische Volk gang allein entscheiden.

Von französischer Seite wurde bez Kußensminister dann noch keine Haltung gefragt, die er gegenüber den Anprüfungen der japanischen Presse einnehme. Die japanische Presse behauptet, daß Frankreich sowohl durch Waffenlieferungen als auch durch Eisenbahnbauten und Scheinverträge China unterstütze und somit eine unfreundliche Haltung gegenüber Japan einnehme. In seiner Stellungnahme sprach General Ugaki,

daß sich die Nachrichten von einer Unterstützung Chinas durch Frankreich trotz aller Dementis hartnäckig behaupteten.

### Parlamentarismus am Wasser

Paris, 17. Juni.

Die getriggen unaufrichtigen Aussagen in der französischen Kammer, die den Parlamentarismus wieder im besten Lichte erscheinen lassen, haben selbst im demokratischen Parteikreis Unruhe hervorgerufen. Die verlesenen Rede eines französischen Abgeordneten in der Kammer des Repräsentanten Daladier in der Nacht behält, daß die parlamentarische Demokratie in der Commorerien zu scheitern.

Man erwartet sofort, daß Daladier noch im Laufe des Freitag das Schlußwort verliest. Daladier, so verläutet, will dadurch vor allem neue Zwischenfälle vermeiden, die für das Ansehen Frankreichs nicht gerade vorteilhaft sind und die, wie der „Jour“ ironisch erklärt, die Reaktionen veranlassen könnten, an Stelle der parlamentarischen Demokratie in Zukunft Sportkritik zu entfesseln, die besser geeignet seien, aber die in der Kammer stattfindenden Wort- und Ringkämpfe zu berichten.

In den Abendstunden des Donnerstag empfing Daladier die Vertreter des Dinstagskabinetts der Kammer, denen sich auch zwei kommunistische „Beobachter“ angeschlossen hatten, um den Ministerpräsidenten auszuwählen mit den bekannten, von der Regierung abgelehnten innerpolitischen Forderungen erneut zu beschäftigen.